



TOP



Die Umlage sei eine Belastung für den internationalen Gashandel, so Efet. (Quelle: Danske Commodities/Thomas Priskorn)

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Efet Deutschland will mehr Markt im Gasspeichergesetz

Essen (energate) - Efet Deutschland steht einer Verlängerung des Gasspeichergesetzes positiv gegenüber. Es besteht aus Sicht des Energiehändlerverbandes aber noch größerer Anpassungsbedarf. Das machten Vertreter des Verbandes bei einer Pressekonferenz im Rahmen der Fachmesse E-World in Essen deutlich. Das Ziel des Gesetzes, die Speicher vor dem vergangenen Winter zu befüllen, sei erreicht worden, aber zu volkswirtschaftlich hohen Kosten, sagte Joachim Rahls, Leiter der German Task Force Gas von Efet Deutschland. "Das darf sich auf keinen Fall wiederholen."

Der Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe (THE) hat am 15. Mai die Anhebung der Gasspeicherumlage zum 1. Juli auf 1,45 Euro/MWh bekannt gegeben. Der Anstieg ist damit geringer ausgefallen, als viele Marktteilnehmer befürchtet hatten. Denn auf dem Umlagekonto steht aktuell ein vorläufiges Defizit von 8,7 Mrd. Euro. Eigentlich tritt das Gesetz am 1. April 2025 außer Kraft und der Fehlbetrag müsste in diesem Zeitraum über die Umlage ausgeglichen werden. THE ist für die Berechnung der Umlage aber von einer Verlängerung des Gesetzes bis zum 31. März 2027 ausgegangen. Dies ist gerade in der politischen Diskussion. Damit kann der Zeitraum von zwei auf vier Jahre gestreckt und die Umlage vergleichsweise niedrig gehalten werden. Die nächste Anpassung der Umlage erfolgt zum 1. Januar 2024. Bis dahin dürfte klar sein, ob das Gesetz verlängert wird oder nicht.

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Efet Deutschland will mehr Markt im Gasspeichergesetz 1

🏠 POLITIK

Bundesregierung bringt Wasserstoff-Kernnetz auf den Weg 2

Kein schnelles Umschalten in der Verkehrswende 3

Aufgeheizte GEG-Debatte im Bundestag 3

🏢 UNTERNEHMEN

Industrie fürchtet "Green Leakage" 5

Neue Geschäftsfelder fordern Wandel von innen 6

Pensionsrückstellungen machen Süwag zu schaffen 7

Uniper spürt wieder "Boden unter den Füßen" 9

Eon baut Handelsaktivitäten aus 9

⚡ STROM

Axpo gegen deutsches Strompreiszonen-Splitting 10

UKA errichtet 120-MW-Windpark für Mercedes 10

"Nach Fähigkeiten suchen und nicht nach Profilen" 10

🔥 GAS & WÄRME

NRW startet Härtefallhilfen für KMU 12

Enapter stellt ersten AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse vor 12

"Die Preisbremsen werfen viele ungeklärte Rechtsfragen auf" 12

🌱 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

AMG bereitet von Fortum recycelte Lithiumsalze auf 13

Stahlunternehmen setzt auf E-Mobilität 14

"Bei der Beschleunigung des Rollouts ist Luft nach oben" 14

🇦🇹 ÖSTERREICH

Energieeffizienzgesetz scheitert an SPÖ-Blockade 14

Umweltallianz nennt Erfolgsfaktoren für Umweltverfahren 15

Speicherbefüllung ohne Absicherung

Efet kritisiert, dass THE die Speicher unbesichert und damit zu hohen Preisen befüllt hat. Mit einem vernünftigen Risikomanagement und entsprechenden Hedging-Geschäften auf dem Terminmarkt würde die Gasspeicherumlage deutlich niedriger ausfallen. Rein mathematisch liegen die Kosten der aktuell noch eingelagerten 37,5 TWh bei rund 230 Euro/MWh. Auch wenn Prognosen zum Gaspreis im nächsten Winter schwierig sind, können diese Kosten bei einer Auslagerung am Markt kaum wieder erlöst werden. Am Ende betrage das Defizit immer noch mindestens 7 Mrd. Euro, rechnete Rahls vor.

Die Umlage sei eine Belastung für den internationalen Gashandel, weil sie anders als andere Umlagen auch an den internationalen Exitpunkten erhoben wird. Steigen die Kosten zu sehr an, werden sich Käufer andere Wege suchen, um ihr Gas zu beschaffen, warnte Rahls. Von daher befürworte Efet eine Verlängerung des Gesetzes, auch wenn mit der Umlage zusätzliche Handling-Kosten einhergehen. Zugleich forderte der Verband eine Debatte über die Füllstandsvorgaben. Diese will die Bundesregierung verschärfen - aus Sicht von Efet "der falsche Weg". Die Bewirtschaftung der Speicher werde so unnötig eingeschränkt und verteuert. Auch bei den Strategic Storage Based Options (SSBOs) müssten im Hinblick auf die Füllstandsvorgaben Anpassungen erfolgen, um die mit der Vorhaltung verbundenen Kosten zu reduzieren.

Industriestrompreis Gefahr für Power Purchase Agreements

Kritisch äußerte sich der Händlerverband auch zu dem von der Bundesregierung geplanten Industriestrompreis. Dadurch würde zum einen den Industrieunternehmen der Anreiz genommen, sich marktrational zu verhalten, da diese die Beschaffungskosten, die oberhalb von 6 Cent/kWh liegen, erstattet bekommen. Zum anderen verlieren dadurch auch langfristige Lieferverträge - sogenannte Power Purchase Agreements (PPAs) - an Attraktivität. Ebenso wie die Erlösabschöpfung werde sich auch der Industriestrompreis negativ auf den PPA-Markt auswirken, sagte Bernhard Walter, Vorstandsvorsitzender von Efet Deutschland. So seien bei der Einführung der Erlösobergrenze erst einmal keine PPAs mehr abgeschlossen worden.

Strompreiszonen zusammenfassen, nicht trennen

Walter bekräftigte zudem die Ablehnung des Verbandes gegenüber einer Aufteilung der deutschen Strompreizone. Nach dem Splitting der österreichischen Strompreizone vom deutschen Markt sei die Liquidität in Österreich "sofort weg" gewesen. Zwar räumte er auf Anfrage von energate ein, dass es momentan noch physikalische Restriktionen gebe, da es im Stromnetz nicht ausreichend Übertragungskapazität von Nord- nach Süddeutschland gibt. Aber solange dies so sei, müssten die Netzbetreiber diesem Problem mit Redispatch begegnen. Statt Preiszonen zu splitten, sei es gegebenenfalls

besser, kleinere Preiszonen zusammenzufassen. Denkbar sei etwa ein Zusammenschluss von Belgien und den Niederlanden. /sd/tc
Von Thorsten Czechanowsky und Stefanie Dierks

POLITIK

GESETZENTWURF

Bundesregierung bringt Wasserstoff-Kernnetz auf den Weg

Berlin (energate) - Das Bundeskabinett hat mit der aktuellen Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) Regelungen für ein zukünftiges Wasserstoff-Kernnetz in Deutschland beschlossen. Auch die Kompetenzen zwischen Gesetzgeber und Bundesnetzagentur (BNetzA) werden mit dem Kabinettsbeschluss nun neu geregelt. Das Kernnetz wird in der ersten Stufe wichtige Wasserstoff-Infrastrukturen umfassen, die bis 2032 in Betrieb gehen sollen, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Betreiber von Ferngasnetzen sollen das Wasserstoff-Kernnetz in den kommenden Monaten modellieren. Zentrale Wasserstoff-Standorte sollen angebunden und alle Regionen Deutschlands dabei berücksichtigt werden. Für die zeitnahe erstmalige Genehmigung des Kernnetzes ist die BNetzA zuständig. Sie genehmigt auch die endgültige Ausgestaltung. Vorgesehen ist im Prozess eine breite Konsultation der Öffentlichkeit, der Länder und verschiedener Marktteilnehmer.

Bis Ende des Jahres will die Bundesregierung in einer zweiten Stufe eine umfassende Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung im EnWG verankern. Diese soll sich an den bestehenden Netzentwicklungsprozessen orientieren und sich auch mit dem Wasserstoffbedarf relevanter Abnehmer, wie energieintensive Unternehmen, auseinandersetzen.

Efet Deutschland vermisst Details

Der Verband Deutscher Gas- und Stromhändler, Efet Deutschland, begrüßt das Thema H2-Kernnetz in der EnWG-Novelle. Allerdings seien faktisch alle benötigten Standards und Marktprozesse unklar,



entLastmanagement[®] by Unigy

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

UNIGY[®]
Your Energy Optimizer

teilte der Verband auf einer Pressekonferenz auf der Messe E-World in Essen mit. Zu klärende Aspekte seien demnach unter anderem technische Mindeststandards, Marktzugangsregeln, Transparenz und Auskunftspflichten von H2-Netzbetreibern.

Der Energieverband BDEW hält es grundsätzlich für sinnvoll, mit einem Wasserstoff-Kernnetz auf Ebene der Fernleitungen zu starten. "Zudem bedarf es aber einer zügigen Ausgestaltung und Implementierung rechtlicher Rahmenbedingungen zur Finanzierung und zur Risikoabsicherung des Wasserstoff-Kernnetzes", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

Mehr Unabhängigkeit für Bundesnetzagentur

Mit seinem Beschluss zur EnWG-Novelle hat das Bundeskabinett darüber hinaus grundsätzliche Weichen für die künftige Regulierung der Strom- und Gasnetze gestellt. Auslöser war das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 2. September 2021 zur Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gesetzgeber und Regulierungsbehörde. Die BNetzA wird künftig unabhängiger von staatlichen Vorgaben sein.

"Das Ziel ist klar: Die Netzbetreiber ertüchtigen die Netze, um sicher und verlässlich Strom und Gas aus erneuerbaren Quellen zum Kunden zu bringen", sagte Andreae. Aufgabe der Bundesnetzagentur müsse es sein, einen regulatorischen Rahmen zu setzen, damit die Netzbetreiber diese Anforderungen wirtschaftlich umzusetzen könnten. /ck
Von Carsten Kloth

ALTERNATIVE MOBILITÄT

Kein schnelles Umschalten in der Verkehrswende

Essen (energate) - Die Debatte um die Verkehrswende reißt nicht ab. Der nordrhein-westfälische Umweltstaatssekretär Viktor Haase sagt voraus, dass es noch für einen "längeren Zeitraum" einen Mix an verschiedenen Antrieben geben werde. Einem schnellen "Umschalten" auf eine oder wenige Technologien erteilte Haase auf einer Veranstaltung im Rahmen der diesjährigen E-World eine Absage. In der Diskussion um ein mögliches Verbot von Biokraftstoff,

die Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) losgetreten hat, versuchte der Staatssekretär zu beruhigen: Es sei wichtig, darüber zu diskutieren, "wir sind da aber noch nicht am Ende".

Elek: Dass nichts aus dem Auspuff kommen darf, wäre schwer

Vor einer zu starken Beschränkung der Antriebe warnt auch Zoltan Elek, Geschäftsführer der Biomethanhandelsgesellschaft Landwärme. "Der perfekte Weg, dass gar nichts mehr aus dem Auspuff kommen darf, wird sehr schwer zu beschreiten sein", so Elek. Aktuell werde die Debatte dogmatisch geführt. Neben Strom und Wasserstoff weise insbesondere Biomethan großes Potenzial zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors auf. Unbegrenzt stünden diese Energieträger jedoch nicht zur Verfügung, daher brauche es alle drei - auch zur Erreichung der Klimaziele.

Doch - ob fossil oder erneuerbar, Straße oder Leitung - die dafür nötigen verschiedenen Infrastrukturen in Nordrhein-Westfalen wurden vernachlässigt. "Wir haben uns in den vergangenen Jahren nicht darum gekümmert", räumte Haase ein. Zugleich versprach der Staatssekretär, dessen schwarz-grüne Landesregierung seit rund einem Jahr im Amt ist, Verbesserungen: "Wir müssen jetzt in die verschiedenen Wenden investieren", darunter Energie und Verkehr, und zwar gleichzeitig. /dz
Von Daniel Zugehör

AKTUELLE STUNDE

Aufgeheizte GEG-Debatte im Bundestag

Berlin (energate) - Auf Antrag der CDU/CSU hat sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Heizungsplänen der Bundesregierung befasst. Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) unterstellte der Regierung dabei ein "Schauspiel", das Verunsicherung, Frust und Wut in der Bevölkerung maximieren würde. Zuvor war bekannt geworden, dass das sogenannte Heizungsgesetz nicht wie geplant in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag beraten wird. Die FDP sieht noch Klärungsbedarf und wollte Habeck eine Liste mit "101 Fragen" zum Gesetz schicken. Eine Liste, die energate vorliegt, umfasst 55 Fragen unter anderem aus den Bereichen Klimaschutz und CO2-Ausstoß, Netze, Mehrfamilienhäuser und Mieter. Das Bundeswirtschaftsmini-

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

nisterium hatte auf den Berliner Energietagen angekündigt, alle Fragen beantworten zu wollen. Eine Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes noch vor der Sommerpause ist aber nun kaum noch möglich. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte dem Koalitionspartner daher "Wortbruch" gegenüber der Vereinbarung aus dem Koalitionsausschuss vorgeworfen.

Jede Menge Fragen für das Wirtschaftsministerium

Auch Spahn ging in seiner Rede auf die "101 Fragen" der FDP ein und kündigte eine kleine Anfrage der Union mit ebenso vielen Fragen an. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch kündigte hingegen an, dass der Gesetzentwurf zum Gebäudeenergiegesetz im Parlament beraten werde. Es sei darüber hinaus die Ampel-Koalition gewesen, die im vergangenen Jahr für Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit gesorgt habe, während die Union keine Vorschläge hätte, stattdessen eine "üble populistische Kampagne" fahren würde.

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Andreas Audretsch plädierte dafür, die Beratungen über das Gebäudeenergiegesetz jetzt im Parlament zu beginnen. "Eine Vereinbarung in der Politik, aber auch eine Vereinbarung, die man unter Menschen trifft, sollte etwas wert sein", sagte er in Richtung FDP. Diese verwies in Person ihres stellvertretenden Vorsitzenden Lukas Köhler darauf, dass es nun einmal um eine harte Debatte gehe, da viele Menschen betroffen seien. Aber am Ende des Tages werde im parlamentarischen Verfahren ein gutes

Gesetz beschlossen werden, so Köhler. Wo denn der parlamentarische Vorgang sei, wollte CDU-Vize Andreas Jung daraufhin wissen. Neben dem Gesetzesvorschlag, über den debattiert werden könne, vermisste Jung ausdrücklich auch "Klimakanzler" Olaf Scholz.

BDI will Überarbeitung

In der Wirtschaft gehen derweil die Meinungen über das Gebäudeenergiegesetz auseinander. "Das Heizungsgesetz bedarf einer Überarbeitung", sagte Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). In einem Papier begrüßt der BDI die geplante Anforderung von 65 Prozent erneuerbarer Energien beim Heizungsaustausch, fordert aber weitere Änderungen. So müsse für das Gelingen der Wärmewende mehr saniert werden als nur die Heizung. Der BDI plädiert zudem unter anderem für "Technologieoffenheit in der Gebäudewärme", ein "überzeugendes Förderkonzept" und eine "Verzahnung mit der kommunalen Wärmeplanung".

Wärmepumpen-Verband ist enttäuscht

Enttäuscht zeigt sich vor allem der Bundesverband Wärmepumpe (BWP). Der Aufschub der GEG-Entscheidung schade der deutschen Heizungsindustrie, teilte der Verband mit. Die Ampel-Koalition sei mit dem Anspruch angetreten, den Aufbruch in die Klimaneutralität voranzutreiben. Im Vertrauen darauf habe die Branche euro-

GAIA Ihre Software zum Erreichen der Klimaziele

The image displays the GAIA software interface, which is a digital twin for energy transition planning. The main dashboard is titled "Ihre Zentrale der Energiewende" and includes several key metrics and charts:

- Status Quo:**
 - Emissionen:** A donut chart showing current emissions by sector. Text: "Aktuelle Treibhausgasemissionen nach Sektoren".
 - Energieverbrauch:** A line chart showing energy consumption by source. Text: "Die Anteile der Energieträger je Nutzungsort".
 - Fortschritte:** A bar chart showing progress towards climate goals. Text: "Absenkpfad: Entwicklung, Fortschritte und voraussichtliche Klimaneutralität".
- Key Metrics:**
 - 16,5 t pro Kopf (Emissions)
 - 1.234 kWh pro Kopf (Energy consumption)
 - 2047 (Target year for climate neutrality)
- Navigation and Tools:**
 - Buttons for "co2balance", "buildings", "renewables", "infrastructure", "geothermal", and "planning".
 - A "Kostenlose Demo sichern" button with a QR code.
 - A "DIGITAL TWIN" logo featuring a stylized building.

The interface also includes a search bar, user profile, and various navigation options at the bottom.

paweit Investitionen im Wert von über fünf Mrd. Euro angestoßen oder bereits getätigt. "Falls die Koalition nun ihr Wort brechen sollte, das Gebäudeenergiegesetz noch bis zur Sommerpause zu verabschieden, würde sie damit der Industrie in hohem Maße schaden", sagte BWP-Geschäftsführer Martin Sabel. /ck
Von Carsten Kloth

UNTERNEHMEN

ENERGATE-FORUM: ENERGY MEETS INDUSTRY

Industrie fürchtet "Green Leakage"

Essen (energate) - Die Industrie ächzt angesichts der bevorstehenden Mammutaufgabe: Die energieintensiven Unternehmen müssen ihre eigene Transformation in Richtung Klimaneutralität vorantreiben, dabei sind die Folge der Energiekrise längst noch nicht überwunden. Wettbewerbsfähige Preise sind nicht in Sicht. Die im Vergleich zum Ausland hohen Energiepreise gefährden Neuinvestitionen der hiesigen Industrie, warnten Industrievertreter beim energate-Forum "Energy Meets Industry" auf der Essener Energiefachmesse E-World. Christian Seyfert, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Industriellen Energie (VIK), sprach in dem Kontext von "Green Leakage". Er nehme bereits geringere Investitionen in Deutschland war.

Seyfert verwies zudem darauf, dass deutsche und europäische Unternehmen in den vergangenen Monaten hohe Investitionen in neue Standorte und Fertigungen in den USA und Nordasien angekündigt hätten. Auch wenn solche Investitionsentscheidungen nicht von heute auf morgen getroffen werden, bestehe Anlass zur Sorge vor einer Deindustrialisierung. "Während wir in Deutschland fossile Energieträger verteuern, machen die USA grüne Technologien günstiger", erklärte er in Bezug auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA).

Industriestrompreis umstritten

Der VIK befürwortet einen Industriestrompreis für die energieintensive Industrie, wie ihn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgeschlagen hatte. Die in Aussicht gestellten 6 Cent/kWh gehen laut Seyfert in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Mit den weiteren Steuern und Abgaben seien die Strompreise immer noch teurer als in vielen anderen Ländern. Auch Ron Brinitzer, Geschäftsführer der Brancheninitiative Kunststoffland NRW sagte, dass Deutschland nicht um einen "Brückenstrompreis" umhinkomme. Die günstigen Grenzkosten der erneuerbaren Energien kämen nicht bei der Industrie an. Auf Dauer jedoch, räumte er ein, könne sich Deutschland keine Subventionswirtschaft leisten. Andere Stimmen, wie der Verband der Energieabnehmer (VEA), sehen den Industriestrompreis deutlich kritischer. Allein mit Subventionen bauen sich Fertigungen noch nicht klimaneutral um. Stattdessen brauche es Förderungen, die in Zusammenhang mit einer Dekarbonisierung stünden, forderte Volker Stuke, Geschäftsführer des VEA.

EMPOWER

EUROPE



14.-16.
JUNI
2023

MESSE MÜNCHEN

**Die internationale
Fachmesse für
Energiemanagement
und vernetzte
Energiesysteme**

- **Erneuerbare Energien im Netz:**
Innovative Lösungen für das Smart Grid Management
- **Sektorkopplung:**
Neue Technologien für ein integriertes, erneuerbares Energiesystem
- **Netz in Balance:**
Moderne Prognosetools und Flexibilitätsdienstleistungen
- **Branchentreffpunkt:**
85.000+ Energieexperten und 2.200+ Aussteller auf vier parallelen Fachmessen

www.EM-Power.eu

Part of
THEsmarter
EUROPE

Energiekrise im März 2024 vorüber

Klar ist: Energie wird für die Industrie über bisher verbreitete Beschaffungswege noch für längere Zeit kostspielig. "Vollversorgungsverträge bleiben ein teures Produkt", sagte Stefan Küster, Co-Geschäftsführer der Beratung Enerchase. Die Volatilität an den Spotmärkten habe sich nicht gänzlich beruhigt, die Energieversorger würden weiterhin ein großes Risiko für ihre Industriekunden übernehmen. Stattdessen müssen diese Kunden nun selbst mehr Risiken tragen, das sei kostengünstiger - wenn auch herausfordernder in der Beschaffung.

Das Ende der Energiekrise, die die Branche seit dem Herbst 2021 beschäftigt, ist aus Sicht von Enerchase inzwischen in Sicht. Im Frühjahr 2024 werde sie endgültig vorüber sein, kündigte Enerchase-Geschäftsführer Dennis Warschewitz an. Dann gebe es genügend LNG-Terminals, die für eine hohe Verfügbarkeit von Erdgas sorgten. In diesem Winter reiche die Infrastruktur der Flüssiggasterminals noch nicht aus und damit bestehe weiterhin das Risiko einer Gasknappheit bei einem kalten Winter. Das zeige sich im Handel in den sogenannten Sommer-Winter-Spreads. Die Differenz zwischen dem dritten Quartal 2023 und dem ersten Quartal 2024 belaufe sich aktuell auf 20 Euro/MWh. Für den darauffolgenden Winter schmelze der Spread auf wenige Euro. Auch der Handel rechnet also nicht mehr mit einer Gasknappheit.

Für Dekarbonisierung braucht es neue Anlagen

Parallel hat die Energiekrise auch dazu geführt, dass sich Großverbraucher viel stärker mit der Beschaffung von Strom und Gas beschäftigten - wenn auch aus unerfreulichen Gründen. Dies galt auch für solche Unternehmen, die nicht unbedingt zu den typischen Großverbrauchern zählen. In der Textilwirtschaft lagen in der Hochphase der Preisekrise, August und September des vergangenen Jahres, "die Nerven blank", sagte Michael

Engelhardt, Leiter Energiepolitik beim Verband der deutschen Textil- und Modeindustrie. Die Preisbremsen hätten aber für spürbare Entlastungen gesorgt. In die Zukunft gerichtet fordert er insbesondere einen verbesserten Zugang zu grünem Strom. Dann würden die Unternehmen ihre Prozesse auch von Erdgas auf Strom umstellen. Mit den bestehen Prozessen sei jedoch das Potenzial für mehr Nachhaltigkeit begrenzt, ebenso die Potenziale der Energieeffizienz. "Irgendwann ist die Zitrone ausgequetscht", beschrieb es Engelhardt. /kj

Von Katharina Johannsen

HUMAN RESOURCE MANAGEMENT

Neue Geschäftsfelder fordern Wandel von innen

Stuttgart (energate) - Die Arbeitswelt wandelt sich ebenso wie die Energiewelt. Es sind Veränderungen, die eng miteinander verbunden sind. Zumindest hat der wachsende Wettbewerb dies beim Energiekonzern EnBW angestoßen: Das Unternehmen wandelt sich von innen. "Als die EnBW sich 2012 dazu entschied, in neue Geschäftsfelder zu gehen, musste sie sich gleichzeitig für neue Strukturen entscheiden", erklärt Colette Rückert-Hennen, Vorständin für Vertrieb, Personal und Recht im Interview mit energate. Die Energiebranche musste sich stärker auf die Bedürfnisse von Kunden einstellen. Alles wurde schneller. Die EnBW habe daher parallel eine "Menschenzentrierte Transformation" begonnen, erklärt Rückert-Hennen.

Und das heißt bei der EnBW: agiles Arbeiten. Bei agilen Arbeitsmethoden arbeiten die Teams in größerer Eigenverantwortung, die bekanntesten Methoden sind Scrum und Design Thinking. In Teilen arbeite die EnBW bereits "ganz anders als noch vor einigen Jahren", so die Personalvorständin. Besonders im Vertrieb, dem Ressort, das sie selbst verantwortet, sei die Transformati-



EFFIZIENT & NACHHALTIG

E-MOBILITÄT FÜR STADTWERKE

FULL-SERVICE-LÖSUNGEN

AUS EINER HAND - FÜR

VERSORGER MIT VISION.



on bereits weit vorangeschritten. Das gilt jedoch nicht für alle Bereiche. "One size fits all" gebe es bei einem voll integrierten Energieversorger nicht, erklärt Rückert-Hennen.

Bei den Netzen oder in den Kohlekraftwerken ist das anders. Hier eignen sich stabile Strukturen, denn die Sparten arbeiten prozessorientiert, sagt Rückert-Hennen und ergänzt: "Wenn man offen mit der Neuordnung umgeht und jeder sich darin wiederfindet, dann gibt es keinen Culture Clash." In gewisser Weise steht die parallele Personalpolitik für die Transformation eines Sektors. Die konventionellen Bereiche arbeiten weiter wie bisher. Dort, wo Geschäftsmodelle aus der Liberalisierung eines Marktes entstanden und näher an der Transformation der Technologien sind, erreichen die Trends in Arbeitsmethoden und Human Resource Management die Branche schneller.

Homeoffice sei Kernthema für Zufriedenheit

Zu diesen Trends zählt auch das flexible Arbeiten von zu Hause aus oder gar an einem ganz anderen Ort. Im Recruiting führe die EnBW kein Einstellungsgespräch mehr, ohne nach Remote Work oder einer Workation - dem Arbeiten aus dem Ausland - gefragt zu werden, sagt Rückert-Hennen. Es sei das wichtigste Thema, wenn es um die Zufriedenheit der Mitarbeitenden ginge. Um Regelungen für das Homeoffice zu finden, gab der Konzern die Entscheidungen nicht an das Management, sondern an die Teams - ganz im Sinne des agilen Arbeitens. "Best Work" nennt sich das Programm bei der EnBW, über das jedes einzelne Team in Workshops herausfindet, wie es gerne arbeitet. Die meisten Teams entschieden sich für ein bis zwei feste Bürotage, erklärt die Personalchefin.

Neue Arbeitsorganisation braucht Einführung

Die Führungskräfte auf der anderen Seite wollen Rückert-Hennen zufolge nicht das Gefühl haben, die Kontrolle zu verlieren. Damit sie sich weiterbilden können, hat der Konzern viele Tools und Programme entwickelt. Auftakt war die Vermittlung eines neuen Führungsbildes vor drei Jahren. Mit der Zeit wurde es weiterentwickelt und werde es auch weiterhin. Ebenso arbeite die EnBW kontinuierlich daran, Führungskompetenzen zu verbessern. Die Weiterbildung begrenzt die EnBW nicht auf die obersten Etagen. Auch Mitarbeitende müssen etwa lernen, wie sie selbstverantwortlich arbeiten, sagt die EnBW-Vorständin.

Recruiting umstellen

Überhaupt wächst die Bedeutung von Weiterbildung - und das bereits im Recruiting. Statt nach Stationen im Lebenslauf zu suchen, will das Unternehmen nach Fähigkeiten suchen. Wertvoll wäre dann zum Beispiel, wenn jemand als Kernskill konstantes Lernen habe. Einen solchen Menschen könnte man flexibel im Unternehmen einsetzen, je nachdem wo er gebraucht werde. Und das helfe auch gegen den Fachkräftemangel. Dahin geht auch der internationale Trend. In Deutschland sei man hier jedoch noch nicht so weit wie in anderen Ländern. Bei der Zahl

der Mitarbeitenden, die die EnBW neu einstellen muss, muss es wohl auch neue Wege gehen. Fast 8.000 neue Stellen will der Konzern bis zum Jahr 2025 besetzen. Bis das Recruiting für Teile der Organisation umgestellt ist, dauere es jedoch noch, räumt Rückert-Hennen ein. /kj

Das gesamte Interview mit Colette Rückert-Hennen lesen Sie auf [energate.de](https://www.energate.de)

GESCHÄFTSZAHLN

Pensionsrückstellungen machen Süwag zu schaffen

Frankfurt a. M. (energate) - Zwar blieb der Bilanzgewinn der Eon-Tochter Süwag im Jahr 2022 mit 52,8 Mio. Euro stabil. Der Jahresüberschuss ging jedoch gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück - von 53,2 auf 7,3 Mio. Euro. Grund für den gesunkenen Jahresüberschuss seien "im Wesentlichen Aufwendungen aus der gesetzlich vorgeschriebenen Zeitbewertung des Deckungsvermögens für Pensionsrückstellungen der Süwag AG und ihrer Tochtergesellschaften infolge der Kursentwicklung an den Kapitalmärkten" gewesen, teilte die Süwag auf Anfrage mit.

Dies zeigte sich insbesondere bei der Netztochter Syna. Nach einem positiven Jahresüberschuss von 17,1 Mio. Euro 2021 verzeichnete sie nun einen Verlust von 43,0 Mio. Euro. Zudem geriet die Süwag Grüne Energien und Wasser mit minus 11,8 Mio. Euro noch stärker in die Verlustzone (2021: -3,8 Mio. Euro). Lediglich die Vertriebstochter der Süwag konnte mit 35,7 Mio. Euro ein positives Ergebnis vorweisen (2021: 41,5 Mio. Euro). Dabei sank der Gesamtumsatz der Gruppe: beim Strom von 110 Mio. auf 91 Mio. kWh und beim Gas von 5 Mio. auf 3 Mio. kWh. /sd
Von Stefanie Dierks



NETZMANAGEMENT

MEHR INTELLIGENZ FÜR IHR NETZ

In Zeiten der Energiewende benötigen Sie ein intelligentes und transparentes Netzmanagement?

Kein Problem!
Wir von Aidon sind Marktführer für Smart Grid und Smart Metering in Skandinavien und bieten Ihnen die passende Lösung für Ihre Herausforderungen.

Sie wollen mehr erfahren?
Treffen Sie uns vom
23. bis 25. Mai
auf der E-world
in Halle 3 Stand 456.



Aidon



NACH MILLIARDENVERLUSTEN

Uniper spürt wieder "Boden unter den Füßen"

Düsseldorf (energate) - Der Energiekonzern Uniper zieht einen Schlussstrich unter die durch die Gaslieferkürzungen aus Russland ausgelöste Unternehmenskrise. Es seien keine weiteren finanziellen Verluste aus der Ersatzbeschaffung von Gasmengen zu erwarten, kündigte das Management im Vorfeld der Hauptversammlung an. Die Gaslieferverpflichtungen an Stadtwerke- und Industriekunden für das laufende sowie das kommende Jahr seien nahezu vollständig durch Termingeschäfte abgesichert. Weitere Eigenkapitalerhöhungen durch den Bund, der im Zuge der Energiekrise den größten deutschen Gasimporteur übernommen hatte, seien nicht mehr erforderlich.

Da das Unternehmen zugleich die erwartbaren Verluste aus der Ersatzbeschaffung bereits im vergangenen Geschäftsjahr bilanziert hat, steht Uniper vor einer Rückkehr in die schwarzen Zahlen. Aufgrund der deutlich gesunkenen Gaspreise erwartet die Konzernführung nun Gewinne vor Steuern von mehr als 2 Mrd. Euro aus den Absicherungsgeschäften, hieß es aus Düsseldorf. Die Verwendung dieser Gewinne werde mit dem Bund im Einklang mit den Vorgaben der EU-Beihilfegenehmigung abgestimmt.

Strategie-Update im Sommer

"Uniper hat konsequent seine Hausaufgaben gemacht und die Risiken aus den weggefallenen russischen Gasmengen schnell und umfassend reduziert", erklärte Finanzvorständin Jutta Dönges. Nun habe das Unternehmen "wieder festen Boden unter den Füßen". Trotzdem bleibe der Vorstand vorsichtig. Nach den Milliardenverlusten im vergangenen Geschäftsjahr geht Uniper für 2023 wieder von einem positiven bereinigten Ebit und einem positiven bereinigten Jahresüberschuss aus. Im Rahmen der Hauptversammlung kündigte das Unternehmen einen "Strategie-Update" für den Sommer an. Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung sollen dabei die Leitplanken bilden, hieß es aus Düsseldorf. /rb
Von Rouben Bathke

EON ENERGY MARKETS

Eon baut Handelsaktivitäten aus

Essen (energate) - Der Energiekonzern Eon weitet seine Aktivitäten im Handelsgeschäft aus. Bislang verantwortet die Tochtergesellschaft Eon Energy Markets hauptsächlich das Portfoliomanagement für die Vertriebseinheiten. Künftig soll das Produktportfolio eine breitere Palette für grüne Energien umfassen, teilte das Unternehmen im Rahmen der Fachmesse E-World mit. Beispielfhaft nannte Eon Instrumente wie PPAs, Lang-



Wir leben IT & lieben Energie – und das seit 30 Jahren. GISA ist Ihr Partner für die digitale Transformation. Mit Kompetenz und Leidenschaft gestalten wir Zukunft!

Besuchen Sie uns auf der E-world 2023 und tauschen Sie sich mit unseren IT-ExpertInnen aus über IT-Plattformen, Cloud Services, Lösungen für Smart Meter & Smart Energy, Meter2cash mit SAP und powercloud, smarte GIS-Lösungen, IoT Use Cases und vieles mehr!

Halle 3, Stand 348. Jetzt anmelden!
gisa.de/eworld

an NTT DATA
Business Solutions
Company

GISA[®]
That's IT.

fristverträge und CO2-Emissionszertifikate. Den Schritt begründete der Essener Konzern damit, dass die dynamische Entwicklung auf den europäischen Energiehandelsmärkten neben gewachsenen Risiken auch zusätzliche Möglichkeiten biete.

Neue Köpfe im Führungsteam

"Mit der Neuausrichtung der Optimierungs- und Handelsaktivitäten zielen wir auf zusätzlichen Wert aus Portfoliooptimierung und sichern gleichzeitig nachhaltige und bezahlbare Produkte für unsere Kunden", erklärte Eon-Vertriebsvorstand Patrick Lammers. Zugleich stellt das Unternehmen die Geschäftsführung der Handelstochter neu auf. Neben Nadia Jakobi als CEO und Marco de Jong (CCO Portfoliomanagement) gehören ab September Steffen Herkner (CCO Trading & Origination) und Johannes Schulte (Chief Financial and Risk Officer) dem Führungsteam an.

Eon hatte die Tochter Eon Energy Markets 2020 gegründet, nachdem die zentralen Handelsaktivitäten nach der Konzernspaltung zu Uniper übergegangen waren. Die neue Gesellschaft sollte vor allem die Beschaffungsaktivitäten der Vertriebsseinheiten bündeln. /rb
Von Rouben Bathke

STROM

STROMPREISE

Axpo gegen deutsches Strompreiszonen-Splitting

Essen (energate) - Die Trennung Deutschlands in zwei oder mehr Strompreiszonen wird nicht nur innerhalb Deutschlands kritisch gesehen. Deutschland sei der größte Hedging-Markt in Europa, gab Andy Sommer, Team Leader Fundamental Analysis and Modelling beim Schweizer Unternehmen Axpo, im Gespräch mit energate auf der E-World zu bedenken. Denn in anderen Ländern könne man nur selten so langfristige Verträge abschließen wie auf dem deutschen Markt. Eine Trennung der Strompreiszone fordere eine entsprechende Neubewertung der Hedging-Verträge. Diese würden dadurch zumindest zeitweise auf "wackligen Beinen" stehen. Der Markt wäre entsprechend verunsichert.

Einheitliche Netznutzungsentgelte als favorisierte Lösung

Auch Johannes Pretel, Managing Director von Axpo Deutschland, sieht ein Preiszonensplitting kritisch. Die Liquidität in Österreich sei nach der damaligen Trennung vom deutschen Markt gesunken, sagte er. Dies könnte sich auch in Deutschland wiederholen. Zudem sanken durch die Trennung die Anreize, erneuerbare Anlagen in Norddeutschland zu errichten. Pretel präferiert eine "elegantere Lösung", etwa gleiche Netznutzungsentgelte für ganz Deutschland oder ein anderes Umlagesystem. Den Vorschlag zur Aufteilung der einheitlichen Preiszone treiben norddeutsche Bundesländer voran, vorweg Schleswig-Holstein. In der Folge könnte sich der Strom in

Nord- und Ostdeutschland verbilligen, da hier viele Windkraftanlagen stehen. Im Süden dürfte hingegen der Strom teurer werden, wogegen sich Länder wie Bayern verwehren. /sd
Von Stefanie Dierks

ONSHORE-WINDKRAFT

UKA errichtet 120-MW-Windpark für Mercedes

Stuttgart/Meißen (energate) - Mercedes-Benz lässt sich vom sächsischen Erneuerbarenprojektierer UKA einen Windpark mit 120 MW realisieren. Die geplanten 20 Windräder der 6-MW-Klasse sollen ab 2026 rund 20 Prozent des Strombedarfs aller Deutschlandstandorte des Autobauers decken, teilte Mercedes-Benz mit. Die Finanzierung des Vorhabens regelt demnach ein langfristiger Stromabnahmevertrag (Power Purchase Agreement, PPA) "in dreistelliger Millionenhöhe".

Errichten soll UKA den Windpark auf einem Testgelände des Stuttgarter Autobauers im norddeutschen Papenburg. Das Areal für Forschung und Entwicklung umfasst insgesamt 800 Hektar Fläche. Ob die Windräder tatsächlich wie anvisiert 2026 in Betrieb gehen, hängt allerdings auch von den Genehmigungsverfahren ab. Dieses werde noch 2023 starten, so Mercedes-Benz. Der Bau des Windparks ist Teil der Dekarbonisierungsstrategie von Mercedes. Ziel ist, den Strombedarf der gesamten Produktion bis 2039 mit Ökostrom zu decken. Im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht des Konzerns ist in diesem Zusammenhang vom Bau von Erneuerbarenanlagen mit 140 MW die Rede.

Mercedes erwägt auch den Bau von Solarparks

Zusätzlich zu dem jetzt angekündigten Windparkbau prüft der Konzern am Standort im niedersächsischen Papenburg den Bau von PV-Anlagen. Außerdem vereinbarte der Autobauer im März 2023 einen umfangreichen Offshore-Windstrom-PPA mit Iberdrola. Dieser Liefervertrag bezieht sich auf den deutschen Ostsee-Windpark Windanker mit 1.100 MW, der aktuell im Bau ist. Das PPA startet 2027 und soll dann 30 Prozent des Strombedarfs von Mercedes in Deutschland decken. /pa

Von Philip Akoto

ADD-ON STROM

"Nach Fähigkeiten suchen und nicht nach Profilen"

Karlsruhe (energate) - Fachkräfte fehlen überall. Der Energiekonzern EnBW wirbt für seine Büroarbeitsplätze mit mehr Mitsprache, flexiblen Arbeitsorten und vielen Möglichkeiten zur Weiterbildung. energate sprach mit Personal- und Vertriebsvorständin Colette Rückert-Hennen über die "Menschen-zentrierte Transformation". Denn: So wie sich die Branche wandelt, müssen sich auch die Strukturen in den Unternehmen ändern.

energate: Frau Rückert-Hennen, was für eine Chefin sind Sie?

Rückert-Hennen: Ich bin eine Teamplayerin und gebe gerne Verantwortung ab. Ermöglichen und Coachen gehört zu meinen Stärken, aber mir ist auch wichtig, dass hier Leistung gezeigt wird. Ich umgebe mich gerne mit analytischen und hoch qualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die mich mal challengen. Denn ich weiß auch nicht alles. Dabei kann ich von jungen Menschen genauso viel lernen wie von Älteren.

energate: Apropos junge Menschen: Gen Z wurde in der Öffentlichkeit teilweise als unmotiviert und faul beschrieben. Wie erklären Sie sich dieses Bild?

Rückert-Hennen: Ich habe sehr große Sympathien für diese Generation. In meinem Freundeskreis heißt es auch, dass Gen Z fürchterlich ist, weil sie nicht so viele Überstunden machen wollen und andere Bedarfe haben - sie wollen Beruf und Familie vereinbaren und am Wochenende mit ihren Familien auf den Spielplatz gehen. Ich aber finde es toll, dass die sich etwas trauen, was wir uns nicht getraut haben: Leistung zu bringen, aber zum Beispiel nur für 30 Stunden in der Woche und den Rest der Zeit Kunst und Kultur zu fördern, ein Start-up zu gründen oder einem anderen Hobby nachzugehen. Meine Generation konnte sich das nicht erlauben. Jetzt müssen wir aufhören, über eine Generation zu schimpfen und endlich Konzepte erarbeiten, wie wir die Skills dieser jungen Leute nutzen.

energate: Mit dem Fachkräftemangel wird das Thema Personal wichtiger. Ist das etwas Neues für die Energiebranche?

Rückert-Hennen: Ja, definitiv. Als die EnBW sich 2012 dazu entschied, in neue Geschäftsfelder zu gehen, musste sie sich gleichzeitig für neue Strukturen entscheiden. Als strategischer Infrastrukturpartner für den Kunden kamen Kundenorientierung und eine Geschwindigkeit hinzu, die es zuvor in diesem Ausmaß nicht brauchte. Deswegen haben wir parallel eine Menschen-zentrierte Transformation begonnen. In Teilen arbeiten wir bereits agil und damit ganz anders als noch vor einigen Jahren.

energate: Entstehen dadurch Konflikte in der Unternehmenskultur?

Rückert-Hennen: Wir werden immer ein Unternehmen sein, in dem es stabile Unternehmensstrukturen gibt. Als voll integrierter Energieversorger gibt es für uns kein "one size fits all". Die Netze oder die Kohlekraftwerke arbeiten prozessorientiert, wodurch sich stabile Strukturen besser eignen, während der Vertrieb mit seiner engen Bindung an den Kunden anders arbeiten muss. Wenn man offen mit der Neuordnung umgeht und jeder sich darin wiederfindet, dann gibt es keinen Culture Clash.

energate: Bis 2025 müssen Sie fast 8.000 neue Stellen besetzen. Gehen Sie im Recruiting-Prozess ebenfalls unterschiedlich vor?

Rückert-Hennen: Nein, noch ist der Prozess der gleiche. Aktuell unterscheiden sich nur die Stellenausschreibungen. Für agile Business-Bereiche suchen wir etwa nach Product Ownern oder Cluster Leads.

So würden wir keine Führungskraft in Teilen der Netzsparte ausschreiben. In Zukunft werden wir jedoch anders rekrutieren, dafür brauchen wir noch Zeit. Der Trend geht dahin, nach Fähigkeiten zu suchen und nicht nach Profilen. Ein Datenmanager kann aus der IT kommen, muss er aber nicht. In den agilen Strukturen gibt es dafür eine größere Offenheit. Die jungen Menschen haben heute sehr vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten, daran müssen wir unser Recruiting anpassen.

energate: Wie stellt die EnBW das Recruiting auf die Suche nach Fähigkeiten um?

Rückert-Hennen: Wenn es eine freie Stelle gibt, dann überlegen wir, welche Fähigkeiten dafür gebraucht werden. Ein ausgezeichnete Lebenslauf mit einer bestimmten Berufserfahrung und einem Master werden damit weniger wichtig. Potenzial wird wichtiger als die Ausbildung. Jemanden, der konstantes Lernen als Kernskill hat, können wir flexibel überall im Unternehmen einsetzen. Das ist auch eine Antwort auf den Fachkräftemangel. In Deutschland sind wir da noch sehr starr. In den USA oder in Großbritannien wird das schon gelebt. Wir müssen uns hier von unserer unbewussten Voreingenommenheit lösen. Denn das diskriminiert zum Beispiel auch Frauen. Mit Erziehungszeiten kommen Frauen nicht auf die Erfahrungszeiten in Leitungspositionen, die es manchmal laut einer Stellenausschreibung braucht.

energate: Um Fachkräfte einzustellen, müssen Unternehmen attraktive Angebote machen. Vorschläge wie eine Vier-Tage-Woche werden derzeit auch politisch diskutiert. Sollte so ein Thema von der Politik gesetzt werden, oder gehen Unternehmen dies von allein und dann vielleicht sogar besser an?

Rückert-Hennen: Die Unternehmen müssen das selbst nach ihrem eigenen Bedarf machen. Bei uns wollen 75 Prozent derjenigen, die im Homeoffice arbeiten können, mindestens drei Tage die Woche von zu Hause aus arbeiten. Je nach Bereich unterscheiden sich die Bedürfnisse. Die Teams entscheiden gemeinsam, wie sie arbeiten wollen. Das legt nicht der Einzelne und nicht die Führungskraft fest. In der Regel haben die meisten Teams ein oder zwei gemeinsame Arbeitstage, die dann auch für den Diskurs genutzt werden. Heute wird viel aktiver und fokussierter in dafür festgelegten Zeiten miteinander geredet und gearbeitet als früher.

energate: Ist die Frage nach Homeoffice und Remote-Arbeit aktuell das Kernthema für die EnBW bei der Zufriedenheit der Mitarbeitenden?

Rückert-Hennen: Ja, das wissen wir aus den Umfragen, die wir intern gemacht haben. Wir führen mittlerweile für Homeoffice-fähige Stellen kein einziges Recruiting-Interview mehr, ohne dass wir nach Remote-Work und Workation gefragt werden.

energate: Generell geht die Tendenz dahin, dass Hierarchien wegfallen. In der Praxis haben viele Unternehmen Schwierigkeiten damit, das Vakuum zu füllen. Was ist dabei die Herausforderung?

Rückert-Hennen: Es gibt Führungskräfte, die sich in hierarchischen Strukturen wohlfühlen, weil sie das so gelernt haben und so bisher erfolgreich waren. In agilen Strukturen sieht das anders aus, hierfür

müssen auch die neuen Führungskräfte enabled werden. Mit ihrer Verantwortung wollen sie nicht das Gefühl haben, die Kontrolle zu verlieren. Natürlich fragen insgesamt Führungskräfte nach, wie sie sich weiterentwickeln können. Dafür bieten wir permanent neue Tools und Programme, die ihnen zum Beispiel beibringen, was hybride Führung bedeutet. Und genauso müssen wir unsere Mitarbeitenden dazu enablen, selbstverantwortlich zu arbeiten.

energate: Ist das Enablen von Führungskräften bei der EnBW etwas Einmaliges oder etwas Kontinuierliches - wie viel Raum nimmt die Weiterbildung ein?

Rückert-Hennen: Vor knapp drei Jahren haben wir ein Kompetenzbild von Führungskräften entwickelt. Dieses sind wir einmalig mit allen Top- und oberen Managern durchgegangen. Seitdem haben wir das Konzept weiterentwickelt und werden es auch künftig weiterentwickeln. Wir haben mit hybridem Arbeiten begonnen, jetzt thematisieren wir zum Beispiel den Umgang mit Mitarbeitenden, die Schwierigkeiten haben, im Homeoffice Abstand zu gewinnen oder wie ich über den Bildschirm erkenne, ob es jemandem gut geht. Wir haben zudem eine digitale Plattform mit Fähigkeiten entwickelt, auf denen sich Menschen gezielt weiterbilden können. Die steht allen Mitarbeitenden und Führungskräften zur Verfügung.

energate: Lassen Sie uns beim Beispiel "Wertschätzung" weiter in die Tiefe gehen. Wie kann Wertschätzung von oben in die Unternehmenskultur integriert werden?

Rückert-Hennen: Wertschätzung ist nichts anderes als Feedback geben und das sollte konstant erfolgen. Da sind wir noch nicht so weit, wie wir es gerne wären. In Deutschland ist es in der Regel so, dass man einmal im Jahr Feedback bekommt. Die Zukunft wäre, dass man nicht einmal im Jahr auf ein Gespräch mit der Führungskraft wartet, sondern dass kontinuierlich Gespräche über die Arbeit geführt werden, als Lob oder dass man sich mit der Arbeit beschäftigt. Ein Lob ersetzt natürlich keine Gehaltserhöhung, aber es ist wichtig, mit den Beschäftigten in den Diskurs zu gehen. Ich habe mich immer wahnsinnig darüber gefreut, wenn jemand meine Arbeit gesehen hat.

Die Fragen stellte Katharina Johannsen.

GAS & WÄRME

ENERGIEPREISKRISE

NRW startet Härtefallhilfen für KMU

Düsseldorf (energate) - Nordrhein-Westfalen erweitert die Härtefallhilfe für nicht leitungsgebundene Energieträger auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Bisher konnten nur besonders stark betroffene Haushalte Zuschüsse beantragen.

Voraussetzung ist, dass sich die Beschaffungspreise für Heizöl und Holzpellets im Jahr 2022 mehr als verdoppelt haben. Auch Bezieher von Flüssiggas, Scheitholz, Kohle und Koks können ab sofort Anträge im Landesprogramm "Härtefallhilfe KMU Energie" stellen.

"Während für Strom, Gas und Wärme bereits die Bremsen des Bundes und die erste Stufe der Härtefallhilfe des Landes greifen, schließen wir nun die Lücke für viele weitere betroffene Unternehmen", erläuterte NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne). In den vergangenen Monaten seien die Energiepreise zum Glück spürbar gesunken. Die kräftigen Preissteigerungen im Jahr 2022 hätten aber viele Betriebe massiv belastet. Zur Feststellung besonderer Härten im Einzelfall hat das Land Nordrhein-Westfalen außerdem eine Kommission eingerichtet. Beteiligt sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und der Verband Freier Berufe. /mt
Von Michaela Tix

ENTWICKLUNG

Enapter stellt ersten AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse vor

Saerbeck (energate) - Der Hersteller Enapter hat einen neuartigen AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse offiziell vorgestellt. Die Anlage setzt sich aus 420 Kernmodulen - sogenannten AEM-Stacks - zusammen und soll pro Tag rund 450 kg grünen Wasserstoff produzieren. "Durch die Skalierung vieler kleiner Einheiten zu einer großen Anlage kann Enapter die Kosten für grünen Wasserstoff erheblich senken", gibt sich das Unternehmen optimistisch. Aktuell lägen bereits Bestellungen aus Europa, Asien sowie Nordamerika vor. Noch in diesem Jahr sind die ersten Piloten geplant, die Vorserienreife ist ab 2024 anvisiert.

Auf dem über 80.000 Quadratmeter großen Enapter Campus in Nordrhein-Westfalen entstehen Einrichtungen für Produktion, Forschung und Entwicklung sowie Verwaltung. Die Energieversorgung, inklusive aller zukünftigen Produktionsanlagen, wird vollständig mit erneuerbarer Energie gedeckt. Dafür baut Enapter Photovoltaikanlagen auf dem Gelände auf, zum anderen bezieht es Ökostrom aus Solar-, Wind- und Biomasseanlagen aus dem nahegelegenen Bioenergiepark Saerbeck. Ziel ist ein netzunabhängige, vollständige Energieautarkie der Fertigung. /mt

Von Michaela Tix

ADD-ON GAS & WÄRME

"Die Preisbremsen werfen viele ungeklärte Rechtsfragen auf"

Bonn/Frankfurt (energate) - Einige Gasversorger sind im Zusammenhang mit den Preisbremsen ins Visier der neuen Missbrauchsaufsicht des Bundeskartellamts geraten. Der Jurist Hans-Christoph Thomale von der Frankfurter Kanzlei Mazars ordnet den Vorstoß der Behörde im Interview ein. Dass ermittelt wird, ist demnach nicht überraschend, bemerkenswert allerdings, dass die neu formierte Aufsichtseinheit so schnell aktiv wurde.

energate: Herr Thomale, das Bundeskartellamt hat erste Prüfverfahren auf Grundlage der Energiepreisbremsen-Gesetze gegen eine zweistellige Zahl von Gasversorgern eingeleitet. Wie überraschend kommt der Vorstoß bereits fünf Monate nach Startschuss der Bremsen?

Thomale: Der Gesetzgeber möchte mit den preisbremsen-rechtlichen Missbrauchstatbeständen verhindern, dass die Lieferanten ihre Arbeitspreise sachlich ungerechtfertigt erhöhen, um höhere Entlastungsbeträge vom Staat ausgezahlt zu bekommen. Es geht, wie der Präsident des Bundeskartellamtes Anfang des Jahres sagte, um den Schutz des Staates und der Steuerzahler "vor einer Plünderung der Staatskasse". Die Befugnis zur Durchsetzung des Missbrauchsverbots im Gas-, aber auch im Strom- und Wärmesektor hat der Gesetzgeber dem Bundeskartellamt übertragen. Daher kommt der Vorstoß nicht überraschend. Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass die 11. Beschlussabteilung, die erst Anfang des Jahres eingerichtet wurde, so schnell mit konkreten Ermittlungsmaßnahmen tätig wird.

energate: Wie bewerten Sie als Jurist die Gesetze und die neue Missbrauchsaufsicht des Kartellamts?

Thomale: Das Bundeskartellamt übt bereits jetzt die Missbrauchsaufsicht aus, wenn Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung - zum Beispiel durch das Fordern überhöhter Entgelte - ausnutzen. Insofern ist es folgerichtig, dass das Bundeskartellamt auch mit der Missbrauchsaufsicht nach den Preisbremsengesetzen betraut wurde. Die Missbrauchsaufsicht geht hier allerdings weiter. Ihr unterliegen alle Energieversorger, unabhängig von deren Größe und Marktposition. Zudem geht es weniger um eine Wettbewerbsaufsicht, sondern um die Überprüfung, ob nach den Preisbremsengesetzen beantragte Erstattungsansprüche sachlich gerechtfertigt sind. Hier spielt dann wiederum - ähnlich wie bei der kartellrechtlichen Preismissbrauchsaufsicht - eine große Rolle, ob die Arbeitspreise vor dem Hintergrund marktbasierter Preise und Kosten sachgerecht kalkuliert wurden.

Betonen möchte ich an dieser Stelle, dass es sich bei den Preisbremsengesetzen um vom Gesetzgeber relativ schnell erlassene, neue Gesetze handelt, die eine Vielzahl ungeklärter Rechtsfragen aufwerfen. Dies betrifft auch die Reichweite der Prüfungskompetenz des Bundeskartellamts. So habe ich Zweifel, ob nach der Vorstellung des Gesetzgebers von der Missbrauchsaufsicht auch die Prüfung der zivilrechtlichen Grundlage der Preiserhöhung umfasst ist. Denn die Missbrauchsaufsicht soll nur eine zweckwidrige Ausnutzung der neuen gesetzlichen Regelungen verhindern, was bei der Anwendung bereits vor Inkrafttreten der Preisbremsengesetze bestehender vertraglicher Regelung grundsätzlich nicht der Fall ist.

energate: Herr Mundt hat weitere Verfahren für den Wärmesektor angekündigt, wo es bereits vor Start des neuen Preisdeckels viel Ärger um Preisänderungsklauseln gab. Haben Sie dazu eine erste Einschätzung?

Thomale: Wie dargelegt, ist das Bundeskartellamt auch für die Durchsetzung des Missbrauchsverbots im Wärmesektor zuständig. Dabei sind jedoch dessen Besonderheiten zu beachten. Denn gemäß dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz (EWPBG) ist eine Änderung des Arbeitspreises sachlich gerechtfertigt,

wenn diese auf Grundlage einer Preisänderungsklausel gemäß § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV erfolgt. Derartige Preisänderungsklauseln bewirken automatische Änderungen der Preise. In diesem Fall können Wärmeversorger keine Verhaltensspielräume ausnutzen. Mangels einer entsprechenden Handlungsoption bliebe dann kein Raum für die Annahme eines, dem Versorger zurechenbaren Missbrauchs im Sinne des EWPBG.

Die Fragen stellte Michaela Tix.



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

BATTERIERECYCLING

AMG bereitet von Fortum recycelte Lithiumsalze auf

Helsinki/Düsseldorf (energate) - Der niederländische Materiallieferant AMG bereitet von Fortum in Finnland recycelte Lithiumsalze zu Lithiumhydroxid in Batteriequalität auf.

Eine entsprechende Absichtserklärung einschließlich Vorvertrag haben die beiden deutschen Töchter AMG Lithium und Fortum Battery Recycling unterzeichnet, teilte Fortum mit.

AMG baut für diesen Zweck eine Lithiumhydroxid-Produktionsanlage in Deutschland auf. Als Standort wählten die Niederländer Bitterfeld in Sachsen-Anhalt.

Lithiumsalze aus Harjavalta für Aufbereitung in Bitterfeld

Dieses Werk werde die durch die hydrometallurgische Recyclinganlage im finnischen Harjavalta bereitgestellten Lithiumsalze weiterverarbeiten. Fortum hat in Harjavalta vor einem Monat die nach eigenen Angaben erste kommerzielle und in Sachen Recyclingkapazität größte hydrometallurgische Batterierecyclinganlage Europas in Betrieb genommen. Sie soll bis 2027 eine Kapazität von 30.000 Tonnen erzielen, sagte Frank Stumpf, Operations Director bei Fortum Batterie Recycling, gegenüber energate.

Effizienz, Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit

Tero Holländer, Head of Business Line Batteries bei Fortum Batterie Recycling, begrüßte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit AMG und sieht darin einen "Beleg für die Bedeutung" der neuen Recyclinganlage in Harjavalta für die europäische Batterierecyclingindustrie. Der Bedarf an recycelten Batteriematerialien wachse und damit auch die Nachfrage nach "effizienten und ebenso nachhaltigen Lösungen", fügte er hinzu. Dank der Zusammenarbeit könne Fortum als erstes Unternehmen eine "echte Kreislauf-Lösung für die Automobil- und Batterieindustrie anbieten". Beide Partner wollen mit der Kooperation die europäische Batterierecyclingkette optimieren und dekarbonisieren sowie für eine größere Unabhängigkeit von außereuropäischen Rohstoffimporten sorgen. /ne

Von Nils Eckardt

LADEINFRASTRUKTUR

Stahlunternehmen setzt auf E-Mobilität

Hagen (energate) - Unternehmen setzen zunehmend auf elektrische Flotten, um ihren CO2-Fußabdruck zu reduzieren. Mit 50 neuen Ladepunkten an vier Standorten folgt auch das Stahlunternehmen Waelzholz dem Trend zur E-Mobilität.

Errichtet hat die Lademöglichkeiten, die Kunden und Mitarbeiter gleichermaßen nutzen können, der Regionalversorger Mark-E. Das Projekt erhielt im Rahmen des Förderprogramms "Progress NRW" eine Förderung in Höhe von 50 Prozent der Kosten. Die Investitionssumme selbst bezifferte Mark-E nicht. Der Versorger betreibt die Ladeinfrastruktur mit Ökostrom. /dz

Von Daniel Zugehör

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Bei der Beschleunigung des Rollouts ist Luft nach oben"

Stuttgart (energate) - Nach der Verabschiedung des Gesetzes zum Neustart der Digitalisierung des Messwesens bereitet sich der Markt auf eine Beschleunigung des Smart-Meter-Rollouts vor. energate sprach mit Arkadius Jarek, Leiter Messstellenbetrieb bei Netze BW, über zentrale Inhalte des Gesetzes und die Herausforderungen, die sich für Netzbetreiber aus den Plänen ergeben.

energate: Herr Jarek, Mitte Mai wurde das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung des Messwesens verabschiedet. Wie optimistisch sind Sie, dass auf Grundlage des vorliegenden Gesetzes dieser Neustart gelingt?

Jarek: Mit dem Gesetz wurden einige wichtige Weichen für eine Beschleunigung des Rollouts gestellt. Dazu gehören insbesondere der Wegfall der sogenannten Markterklärungen durch das BSI sowie der agile Rollout. Auch die im Gesetz neu verankerten Einbauquoten, die Verpflichtung zum Angebot dynamischer Tarife sowie die aktuellen Trends für den Einbau von Wärmepumpen, Wallboxen und PV-Anlagen werden zur Beschleunigung des Smart-Meter-Rollouts beitragen. Zum Teil sind einige der versprochenen Vereinfachungen noch vage formuliert und lassen noch wenig Rückschlüsse auf die Auswirkungen im Rollout zu, so zum Beispiel bei der Sicheren Lieferkette (SilKe), bei den Änderungen im Eichrecht oder bei der Verankerung vom 1zuN-Ansatz.

energate: Wo liegen aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in der Umsetzung aus Sicht des Netzbetreibers?

Jarek: Die zu erwartende Beschleunigung auf der einen Seite wird durch die aktuell fehlende Wirtschaftlichkeit des Rollouts gebremst. So müssen Messstellenbetreiber mit dem neuen Gesetz höhere Anforderungen an ihre Standardleistung hinnehmen. Refinanzieren soll das dann ein wirtschaftlicher Rahmen, der im

Jahre 2011 und 2012 zu den damaligen Bedingungen und Vorgaben errechnet wurde. Die Inflation wurde hier ebenso wenig berücksichtigt wie Bauteil- und Fachkräftemangel.

Gleichzeitig wurden verpflichtende Zusatzleistungen im Gesetz verankert, bei denen eine konkrete Definition der Leistung und Standards fehlen. Dennoch hat man für diese Zusatzleistungen ebenfalls einen Preisdeckel trotz der vielen Unklarheiten eingeführt. Das wird zu Diskussionen im Markt und Verzögerungen bei der Umsetzung führen. Damit ist aus unserer Sicht für die Beschleunigung des Smart-Meter-Rollouts noch Luft nach oben.

energate: Bietet das Gesetz eine Grundlage für einen tatsächlichen Wettbewerb im Messstellenbetrieb oder wird der Rollout weiterhin in der Praxis hauptsächlich in der Verantwortung des grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB) liegen?

Jarek: Die grundzuständigen Messstellenbetreiber wie Netze BW sind als Infrastrukturanbieter gesetzlich verpflichtet, alle in unserem Netzgebiet vorkommenden Anwendungsfälle abzubilden. Dagegen können sich wettbewerbliche Messstellenbetreiber auf einzelne attraktive Kundensegmente fokussieren. Allerdings müssen auch die wettbewerblichen Marktteilnehmer wirtschaftlich arbeiten können. Das ist im Rahmen der heutigen Preisobergrenzen nicht möglich, weshalb auch in Zukunft die Verantwortung bei den grundzuständigen Messstellenbetreibern liegen wird.

Die Fragen stellte Rouben Bathke.

ÖSTERREICH

POLITIK

Energieeffizienzgesetz scheitert an SPÖ-Blockade

Wien (energate) - Der Beschluss des Energieeffizienz-Reformgesetzes (EEffG) ist am 24. Mai im Nationalrat an der fehlenden Zweidrittelmehrheit im Plenum gescheitert. Die SPÖ wollte wie angekündigt keinem Gesetzesvorschlag der Regierung (ÖVP/Grüne) mehr zustimmen, da diese die geforderten Anti-Teuerungsmaßnahmen nicht umgesetzt hat. Die sozialdemokratische Partei werde bei der Ablehnung bleiben, erklärte ihr Energiesprecher Alois Schroll noch vor dem Votum. Die Zeit drängt jetzt, denn die EU-Kommission hat bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet.

Das Energieeffizienzgesetz sieht vor, dass der Energieverbrauch in Österreich bis 2030 um 18 Prozent verringert wird. Laut Gesetzentwurf soll der Endenergieverbrauch von derzeit 310 TWh bis 2030 auf 255 TWh sinken. Weiters will die Regierung Energiesparmaßnahmen bei Haushalten und Unternehmen mit jährlich 190 Mio. Euro fördern. Unternehmen ab 250 Beschäftigten sollen gesetzlich verpflichtet werden, alle vier Jahre Energieaudits durchführen. Energieunternehmen müssten Haushalte künftig bezüglich Effizienz beraten.

Strafzahlung in Millionenhöhe

Nach dem "Nein" der SPÖ zum Gesetz droht eine Strafzahlung von mehreren Mio. Euro. Laut EU-Vorgaben hätte Österreich das Gesetz bereits im Juni 2020 beschließen müssen. Auch vonseiten der FPÖ war keine Zustimmung zu erwarten, denn diese lehnt die Energiepolitik der Regierung generell ab. Die liberale Partei Neos unterstützt die Energiepolitik der Regierung in weiten Teilen, hat aber zu wenige Mandate, um eine Zweidrittelmehrheit zu gewährleisten.

Grüne appellieren an Sozialdemokraten

Die Grünen appellierten vor dem Nationalratsplenum vergeblich an die SPÖ, dem Energieeffizienzgesetz doch noch zuzustimmen. "Wenn wir dieses Gesetz gemeinsam beschließen, machen wir einen wichtigen Schritt in Richtung Energiewende, helfen Menschen aus der Energiearmutsfalle und vermeiden Strafzahlungen in Millionenhöhe", sagte der Energiesprecher der Partei, Lukas Hammer. Die Regierungskoalition sei in den bisherigen Verhandlungen auf die SPÖ zugegangen, unter anderem mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Energiearmut, betonte Hammer. **/imk**
Von Irene Mayer-Kilani

STUDIE

Umwertallianz nennt Erfolgsfaktoren für Umweltverfahren

Wien (energate) - Die Allianz der Umweltbewegung "Ökobüro" hat im Rahmen einer Studie Faktoren für erfolgreiche Umweltverfahren identifiziert. Dabei erwies sich die vorgelagerte Planung als einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren. Durch gute Vorplanung könne nicht nur eine hohe Qualität des Projektantrags, sondern auch weniger Konflikte im Verfahren sowie eine zügige Durchführung des Verfahrens mit weniger Auflagen ermöglicht werden, teilte die Allianz mit.

Um eine effektive Koordination zu gewährleisten, sei ein Modell des Runden Tisches anzuwenden. Hier sollten möglichst alle relevanten Stakeholder, etwa Behörden, Projektwerber sowie Landesumweltanwaltschaft und Umweltorganisationen eingebunden werden. Damit könnten Widersprüche bei der Einreichung vermieden und Synergien erzeugt werden, meinte Ökobüro.

Einbindung der Öffentlichkeit entscheidend

Auch die Einbindung der Öffentlichkeit in die Verfahren müsse frühzeitig und umfassend, etwa in Form von groß angelegten Informationskampagnen geschehen. Dabei spielten besonders Gemeinden eine wichtige Rolle bei der Öffentlicheinbindung, erklärte die Allianz. Als ein kritischer Punkt für die erfolgreiche Umsetzung von Umweltverfahren erwies sich die unübersichtliche Datenlage im Bereich Biodiversität. Diese erschwere die Erstellung der Antragsunterlagen und führe zu erheblichen Zeitverlusten, informierte Ökobüro. Insbesondere bei kleineren Bundesländern fehlt es an ausreichenden Ressourcen für Sachverständige.

"Leitfaden für gute Umweltverfahren"

Daher seien neben einer verbesserten Datengrundlage im Bereich der Biodiversität auch eine ausreichende Finanzierung der Behörden und die Schaffung von Sachverständigenpools erforderlich. Basierend auf den Ergebnissen der Studie will Ökobüro nun einen "Leitfaden für gute Umweltverfahren" erarbeiten.

Die Erfolgsfaktoren wurden anhand von 14 Interviews mit verschiedenen Verfahrensbeteiligten anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse erstellt. Für die Studie wurden drei konkrete Umweltverfahren ausgewählt: die APG-Weinviertelleitung, die Erweiterung des Windparks Potzneusiedl sowie die Norderweiterung der Schnellstraße S10. Interviewt wurden dabei Projektwerbende, Behörden, Amtssachverständige sowie Umweltschutzorganisationen. **/af**
Von Alexander Fuchssteiner



Die neue energate-App – Energienews smarter lesen

Individualisiert. Intuitiv. Topaktuell.

- ✓ Persönliche Newsrubrik: Für Ihre Lieblingsthemen
- ✓ Merkliste: Ihr eigenes Nachrichten-Gedächtnis
- ✓ Push-Nachrichten: Mitteilungen zu Ihren Schwerpunkten

Jetzt kostenlos downloaden:

